Zeitschrift: Region Wil : das Wiler Jahrbuch
Band: - (1988)

Rubrik: Politik

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

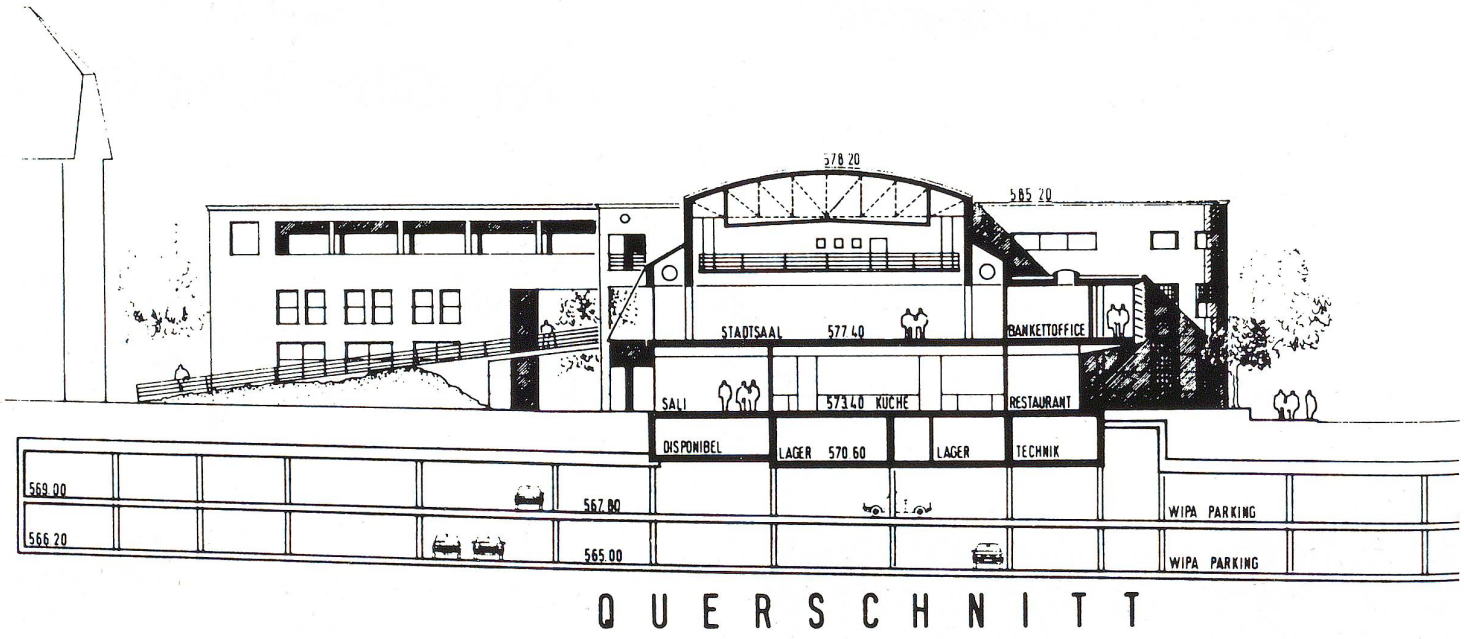
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weder Stadtsaal- noch Mehrzweck-haus. . .

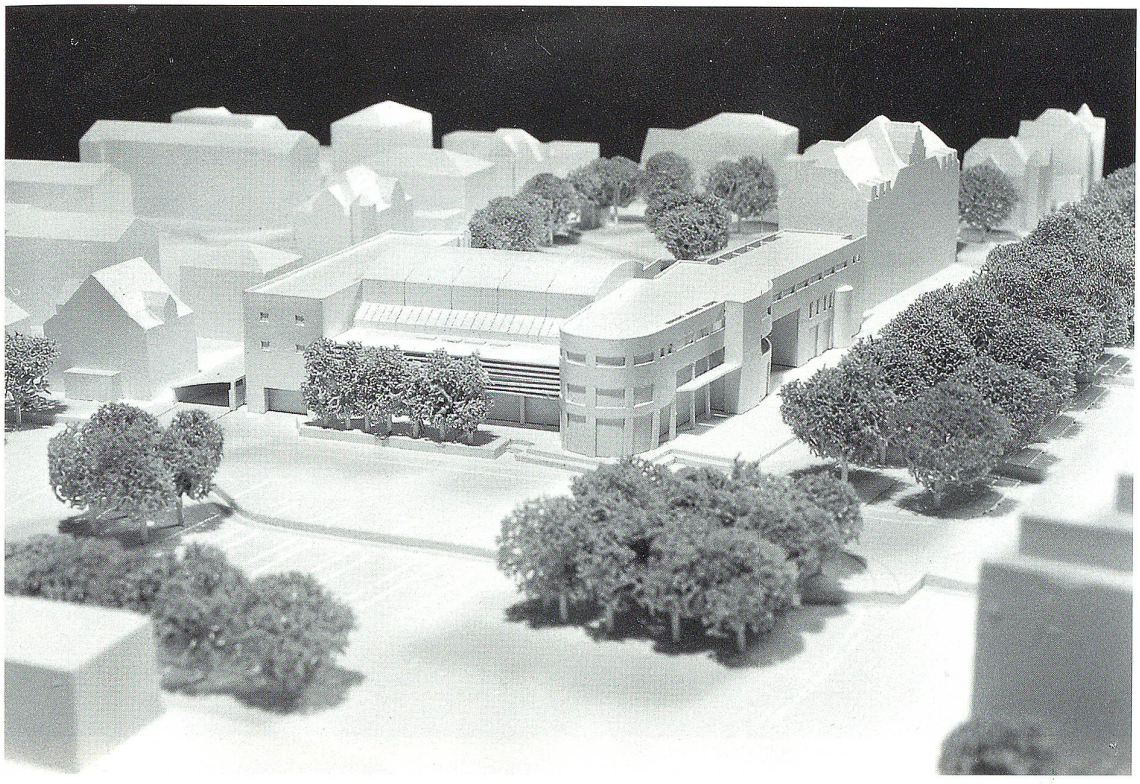
Der Sonntag, 30. August, wird wohl als «Schwarzer Sonntag» in die Annalen des Gemeindeparlaments, aber auch des Stadtrats und der Parteien eingehen, wurden an diesem Tag vom Stimmbürger doch gleich zwei bedeutsame Vorlagen überraschend deutlich bachab geschickt. Sowohl der Stadtsaal – nach bald zehnjährigen Vorarbeiten spruchreif geworden – als auch das seit dem Abbruch der Liegenschaft Löwenbräu (vgl. WIL 87) ins Zentrum des Kulturinteresses gerückte «Mehrzweckhaus Sonnenhof» – Wilern eher als Löwenbräu-Stallungen bekannt – fanden vor dem Souverän keine Gnade. Mit 2367 Nein gegenüber 1972 Ja (Stadtsaal) beziehungsweise 2342 Nein gegenüber 2022 Ja (Mehrzweckhaus) bereiteten die Wilerinnen und Wiler ihrer Regierung eine überraschende Abfuhr, obwohl nahezu alle Parteien, Vereine und Komitees geschlossen hinter den Vorlagen standen.

An «unheiliger Allianz» gescheitert?

Besonders kalt hat es den Stadtsaal erwischt. Nach fast zehnjährigen Planungsarbeiten verweigerte der Bürger an der alles entscheidenden Abstimmung früheren Aufträgen zum Trotz seine Zustimmung. Dabei war es die Bürgerschaft gewesen, die am 10. April 1978, noch unter dem unmittelbaren Eindruck der Schliessung des Schwanensaals stehend, die Exekutive beauftragt hatte, das Problem Saalbau an die Hand zu nehmen. Fast genau ein Jahr später wurde dem damaligen Gemeinderat auferlegt, Abklärung bezüglich Standort und ein Raumprogramm zu erarbeiten. Vorerst dachte man dabei an die Überbauung des Bleicheareals, wich von diesem Standort aber ab, nachdem sich, bedingt durch entsprechende Vorhaben von Frauenfeld-Wil-Bahn und WIPA, eine Neugestaltung des gesamten Bahnhofplatzes aufzudrängen begann. Der Gemeinderat und das interdisziplinäre Projektteam kamen zum Schluss, dass eine teilweise Überbauung der Alleewiese den Bahnhofplatz als städtischen Platz, quasi als «Tor zur Stadt», aufwerten könnte. Von nun an konzentrierten sich die Planer fast ausschliesslich auf das Bahnhofsareal. Der Umstand, dass darob der heutige Bleicheplatz als Alternative in Vergessenheit geriet, wurde insbesondere von den Wiler Sozialdemokraten heftig kritisiert. In einem Weissbuch («Kultur und Stadtsaal») stellten sie die beiden Standorte gegenüber und kamen zum Schluss, dass der Stadtsaal auf der Alleewiese zwar kurzfristig die bessere Lösung wäre, andererseits aber weiterhin zu einer starken



Querschnitt durch den geplanten und vom Volk abgelehnten Wiler Stadtsaal.



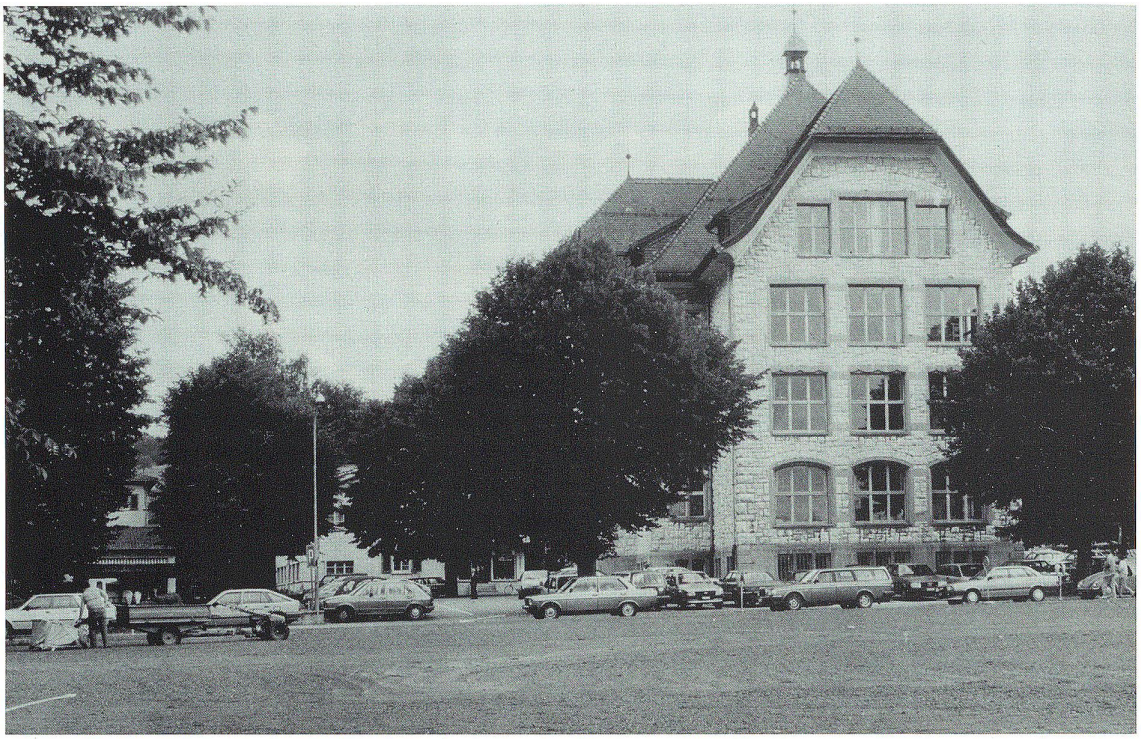
Segmentierung des kulturellen Lebens führen würde. Als besondere Vorteile des Standortes Bleiche priesen die Autoren demgegenüber die zentrale Lage, das günstige Umfeld (Naherholungsgebiet Weiher, Alterssiedlung, Schulanlage, obere Bahnhofstrasse) und die städtebauliche Bedeutung einer gelungenen Neugestaltung.
Die Abstimmung vom 30. August hat gezeigt, dass derartige Erwägungen beim Ergebnis zumindest eine Rolle gespielt haben dürften. Andereseits lassen sich die Neinstimmen nicht nach Standortgegnern und grundsätzlichen Gegnern eines Wiler Stadtsaales aufschlüsseln. Gewiss ist lediglich, dass beide Potentiale zusammen das Scheitern der Vorlage bewirkt hatten, was SP-Präsident Milo-Gerschwiler zum Begriff einer «unheiligen Allianz» zwischen Nein-Sagern und Standortgegnern veranlasste. Die SP ihrerseits hoffe nun, dass auch die Stadt ihr Augenmerk vermehrt auf den Bleicheplatz richten werde.

Fehlender Einsatz der Vereine?

Seitens der Befürworter eines Stadtsaales auf der Alleewiese hatte sich ein «Aktionskomitee Pro Stadtsaal» unter der Leitung von CVP-Gemeinderat Hans Rapp gebildet. In seinen Botschaften unterstrich das Komitee den breiten Rückhalt, den das Projekt insbesondere beim Wiler Verkehrs- und Verschönerungsverein, bei Verbänden, Vereinen, Interessengemeinschaften und auch Einzelpersonen geniesse. Auch wurde verschiedentlich auf den eindeutigen Entscheid des Gemeindeparlaments (32 Ja gegen 4 Nein) pro Stadtsaal in der Allee verwiesen.
Bei einem derart breiten Rückhalt hätte die Abstimmung eigentlich klar für das Projekt ausfallen müssen. Die Abfuhr muss deshalb all jene, die sich persönlich für diese Vorlage eingesetzt hatten, schmerzlich getroffen haben. Insbesondere wurde im Anschluss an die Abstimmung die Stimmabstinenz vieler Vereinsmitglieder – den vermeintlichen Stützen notabene – beklagt. Seitens des «Aktions-

Der Stadtsaal im Modell (oben); Planspiele der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Wil gegen den Standort Allee-Wiese.





Vor einer ungewissen Zukunft – die Wiler Allee mit der dazugehörigen Wiese.

komitees Pro Stadtsaal» wurde vorgerechnet, dass jene 83 Vereine, die ihre Unterstützung zugesichert hatten, rund 10.000 bis 12.000 Mitglieder zählten. Angesichts der Stimmbeteiligung von 43,4% seien etwa 5.800 Stimmberechtigte der Urne ferngeblieben. Unter diesen Nicht-Stimmenden eruierten Komiteemitglieder sehr viele Mitglieder jener Vereine, die den Stadtsaal als Bedürfnis und Notwendigkeit erachtet hatten. Im besten Fall hätten nur gerade 10 Prozent aller Vereinsmitglieder das Saalvorhaben auch an der Urne unterstützt, wurde errechnet. Verschiedene Vereinspräsidenten hätten sich zudem gegen die Bemühungen des «Aktionskomitees Pro Stadtsaal» gestellt.

Muss die WIPA weiter warten?

An seiner Sitzung vom 6. August 1987 hatte der Verwaltungsrat der gemischtwirtschaftlich geführten Wiler Parkhaus AG (WIPA) beschlossen, das Baugesuch für die Tiefgarage unter Berücksichtigung des Stadtsaalprojektes, wie es damals zur Abstimmung vorlag, zur Bewilligung einzureichen. Es enthält auf zwei Untergeschossen 419 Parkplätze, davon sieben für Behinderte, sowie 22 Plätze für Motorräder. Da sich das Projekt gänzlich am Bau des Stadtsaales orientierte, ist seine Realisierung im geplanten Rahmen nun nicht mehr möglich. Insbesondere die Zu- und Ausfahrten wurden im wesentlichen durch den Stadtsaal bestimmt und waren auch in jenes Bauprojekt integriert. Auch die Dicke der Garagendecke sowie die Lösung der Entlüftung waren zur Hauptsache vom Bürgerentscheid des 30. August abhängig.

Nach dem Verdikt der Bürger stellt sich für die WIPA die Frage, ob sie weiterhin auf einen überirdischen Bau Rücksicht nehmen müsse oder nicht. In einem ersten Kommentar hielt Verwaltungspräsident Titus Marty gegenüber der Tagespresse fest, dass die WIPA angesichts wichtiger baulicher Randbedingungn «wieder bei Null» stehe. Man habe vergeblich drei Jahre lang zugewartet.

Kein Platz für junge Kultur

Das zweite Nein betraf das sogenannte «Mehrzweckhaus Sonnenhof», die ehemaligen Stallungen des Löwenbräu. Hier wollte die Stadt jungen Kulturschaffenden Ersatz für die als Kulturzentrum abgelehnte und mittlerweile abgebrochene Liegenschaft Löwenbräu bieten. Für gut eine halbe Million Franken, das hätte das Areal an der Haldenstrasse 14 gekostet wollten die Stadtväter die räumliche Infrastruktur für das kulturelle Konzept des Vereins «Kultur Löwe» bereitstellen. Im «Kultur Löwen» sind junge Künstler der verschiedensten Disziplinen zusammengeschlossen. Als sehr engagierte Vereinigung haben sie konkrete Vorstellungen für ein kulturelles Zentrum entwickelt und mit der Stadt abgestimmt. Der Stadtrat befand denn auch die meisten Programmpunkte als im Sinne einer umfassenden Kulturförderung unterstützungswürdig und anerbot sich in der Folge, ein gewisses Raumangebot zur Verfügung zu stellen. Dazu schienen die Stallungen bestens geeignet. Zwar hätten die «Kultur Löwen» hier längst nicht alle ihrer ursprünglichen Vorstellungen verwirklichen können, doch zeigten sie sich bald bereit, auf das städtische Angebot einzuge-

hen. Dies obwohl das Nutzungskonzept unter anderem auch militärische Übernachtungen, Kurse, Ganten, Schulunterricht und Schülerdiscos vorsah. Ausserdem hätten auch andere Vereine hier Unterkunft finden können. Dazu gehörten etwa die Elternschule, das Mütternteam oder die Volkshochschule. Mal- und Gymnastikgruppen, Kleinbörsen und Kinderfasnacht rundeten das Nutzungskonzept ab.

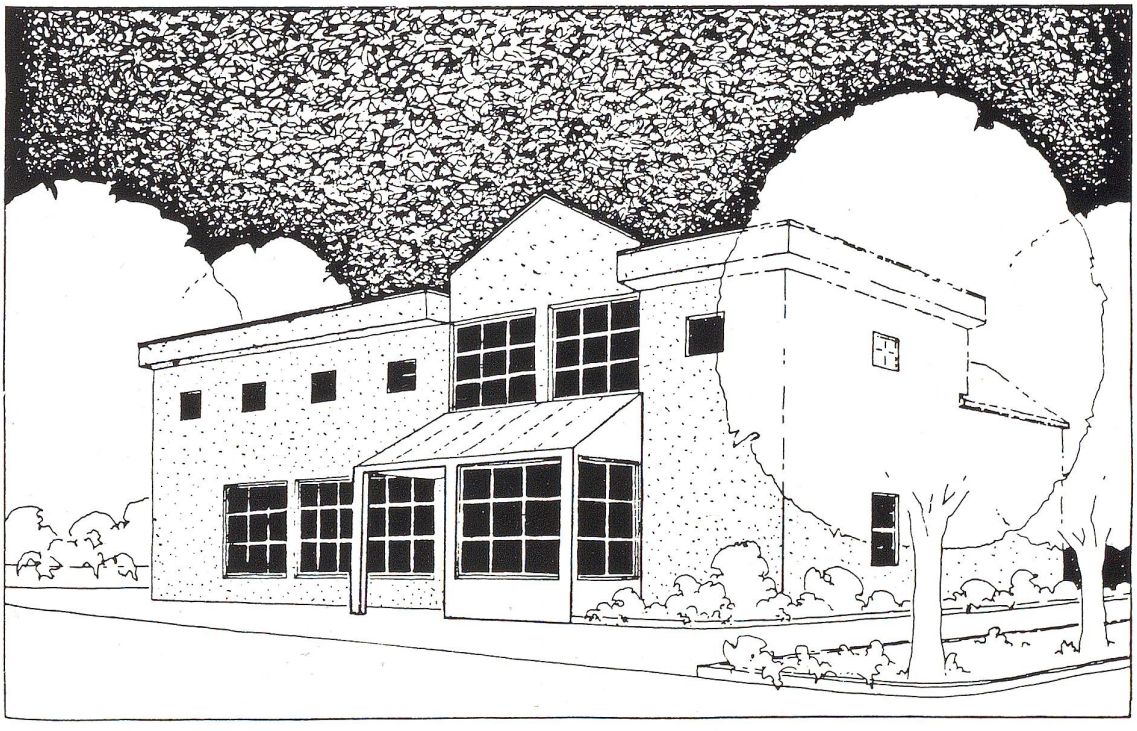
Im Vorfeld führten verschiedene Gegner der Vorlage an, das Mehrzweckgebäude würde lediglich den Interessen der «Kultur Löwen» dienen. Weitere mögliche Benutzer seien nur zur Erhöhung der Akzeptanz angeführt worden. Ausserdem wurden Lärmimmissionen im Quartier, insbesondere aber bezüglich des Altersheims, befürchtet. Nebst derartigen Argumenten wurden von einzelnen Leserbriefschreibern aber auch Begriffe wie «Taubenschlag», «Drogenszene», «Autonomes Jugendzentrum« oder «Anziehungspunkt für unerwünschte Randexistenzler» bemüht. Insbesondere ein sogenanntes «Aktionskomitee contra Mehrzweckhaus Sonnenhof» unter der Führung des ehemaligen Rektors der Wiler Gewerbeschule, Josef Bürge, heizte die Stimmung zusätzlich an. Letztlich mit Erfolg: Obschon 2022 Stimmbürger ein Ja für den Umbau und damit für die junge Kultur einlegten, obsiegten die Gegner mit 2342 Nein-Stimmen. Damit bleiben die Raumnöte insbesondere der jungen, wenig betuchten Kulturschaffenden ungelöst. Inwieweit sich dieses erneute Nein – nach dem Nein des Stadtparlaments zum Depotgebäude das zweite – negativ auf die Wiler Kunstszene auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Wo blieben die jungen Wähler?

War die Angst der älteren Generation vor dem Mehrzweckhaus Sonnenhof und dem Stadtsaal grösser als das Interesse und der Einsatz der Jugend für diese beiden Projekte? Die Auswertungen des Einwohneramtes zeigen deutlich, dass vor allem die Jugendlichen 20- bis 30jährigen (mit 30,7 Prozent) sowie der 31- bis 40jährigen (mit 38,39 Prozent) eine etwas magere Stimmbeteiligung aufwiesen. Obwohl diese beiden Altersgruppen mit 4289 Stimmberechtigten den grösseren Anteil der Wiler ausmachte, hat lediglich jeder Dritte seine Meinung kundgetan.

Vor allem die Frauen sind hier eher negativ aufgefallen. Von den 117 Jungbürgern (Jahrgang 1967) haben 48 oder 41 Prozent von ihrem neuen Recht Gebrauch gemacht.

Die Stimmbürger von 61 bis 70 Jahren haben mit 722 Stimmen oder 57,3 Prozent ein Rekordergebnis erzielt. Auch mehr als die Hälfte (55,5 Prozent oder 798) der 51- bis 60jährigen haben ihre Stimme abgegeben. Interessant zeigt sich auch das Ergebnis der über 70jährigen, mit 643 Stimmen oder 43,4 Prozent hat auch unsere älteste Generation ein entscheidendes Wort mitgesprochen.



Trotz des grossen Einsatzes der jungen Wiler fand das geplante Kulturzentrum vor dem Wähler keine Gnade.

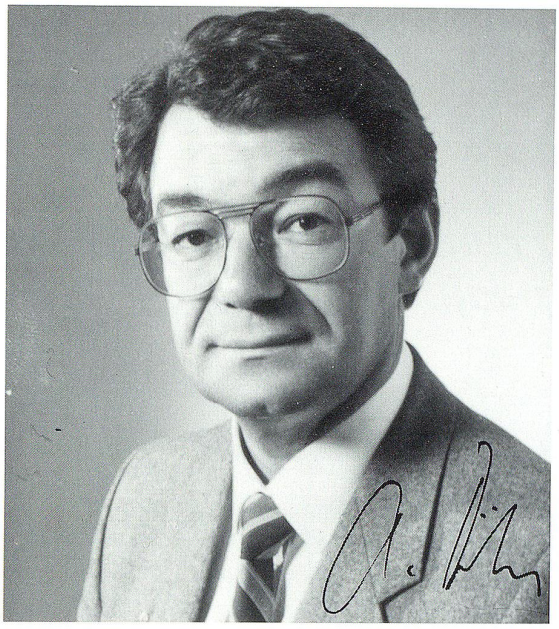
Gemeindebeiträge für private Mittelschule

Das Thema «Wiler Mittelschule» scheint sich langsam zu einem politischen Dauerbrenner zu entwikkeln. Nachdem Kantonsräte der Region, allen voran Pius Oberholzer, im letzten Herbst vom St. Galler Regierungsrat eine schmerzhafte Abfuhr erteilt bekamen, scheint der Traum der öffentlichen Mittelschule im äussersten Westen des Kantons für längere Zeit ausgeträumt zu sein. Wohl nicht zuletzt aus dieser Erkenntnis heraus stimmte das Wiler Gemeindeparlament im März Elternbeiträgen für die private Diplommittelschule Humana zu. Damit werden die Humana-Schüler seit dem Schuljahrbeginn 1987/88 gleich behandelt wie Schüler der Diplommittelschule Thalhof in St. Gallen.
Wegen mangelnder Schülerzahlen könnte in Wil nur eine «Problemschule» entstehen, an der selbst das befürwortende «Komitee Mittelschule Wil» kein Interesse haben könne, hatte der Regierungsrat unter Federführung von Erziehungsdirektor Ernst Rüesch im letzten Herbst ein entsprechendes Postulat des Züberwanger Kantonsrates Pius Oberholzer beantwortet. In Wil und Umgebung wurde diese Abfuhr mit Bedauern – Oberholzer sprach von einem argen Rückschlag – und Zorn aufgenommen. Stadtammann Hans Wechsler dürfte den Nagel auf den Kopf getroffen haben, als er von einer Ohrfeige für die Wiler sprach. An diesem Befund änderte sich auch wenig, als Regierungsrat Rüesch im April 1987 wohl aus wahltaktischen Günden – Rüsch kandidierte im Herbst für den Städterat – erklärte, er sehe die Zeit für die Wiler Mittelschule kommen. Schon heute sei die geographisch-wirtschaftliche Region Wil, bestehend aus der st. gallischen Region und dem Hinterthurgau, «gross genug für eine Mittelschule», hatte sich der Magistrat vernehmen lassen.
Dieser Ansicht war man in der Umgebung längst. Die im ablehnenden Bescheid angeführte Begründung, die Region brächte nicht genügend Schüler zusammen, war von den hiesigen Experten stets bestritten worden. Kantonsrat Oberholzer hatte errechnet, dass man unter Einbezug der Interessenten von Uzwil mit gegen 380 eigenen Schülerinnen und Schülern zu rechnen hätte – eine Zahl, die auf ein genügend grosses Potential schliessen liesse. Eine Mittelschule Wil würde zudem die Kantonsschule Wattwil nicht wesentlich tangieren. Man könnte dort im Gegenteil Platz für Verbesserungen der Infrastruktur schaffen.
Das allerdings sind derzeit noch alles Spekulationen. Realität ist hingegen, dass die Kantonsschule Sargans mit 9,9 Mio., jene in Wattwil mit 10,3 Mio. und das St. Galler Hadwig-Schulhaus mit 10,9 Mio. Franken an Ausbaukrediten im kantonalen Finanzplan für die Jahre 1988/89 aufgeführt sind. Das heisst, dass für Wil einmal nichts übriggeblieben ist.

Private Initiative fördern

In Wil hat sich das Mittelschulproblem in der Zwischenzeit in den Bereich privater Initiativen hinein verschoben. Angesichts der unbefriedigenden Bildungssituation hat Dr. Heiner Stösser an seiner Humana-Privatschule auf Frühling 1987 eine Diplommittelschule eingerichtet, die nunmehr den Schülern der Region offensteht. An seiner März-Sitzung stimmte das Wiler Gemeindeparlament daraufhin der Entrichtung von Elternbeiträgen an die Humana zu. Demnach erhalten Eltern von Wiler DMS-Schülern 3800 Franken aus der Stadtkasse, gleichviel wie die Eltern von Schülern im St. Galler Thalhof. Dadurch konnte einer drohenden Ungleichbehandlung der einheimischen Schüler rechtzeitig begegnet werden.
Sowohl Kommissionssprecher Josef Hartmann als auch Stadtammann Hans Wechsler hatten in der Eintretensdebatte betont, es gehe auch darum, ein politisches Zeichen zu setzen. Erneut wurde der regierungsrätliche Entscheid vom Vorjahr als eine Katastrophe und riesige Enttäuschung bezeichnet, dem man nun mit ganz kleinen Schritten begegnen müsse, bis eine staatliche Mittelschule in Wil aufgebaut werden könne, wie Stadtammann Wechsler ausführte. Wechsler kritisierte insbesondere, dass aus der Region Wil niemand eine Diplommittelschule gratis besuchen könne, wie das etwa im südlichen Kantonsteil der Fall sei, wo in Sargans eine staatliche Schule betrieben werde.
Auch für die Interkantonale Regionalplanungsgruppe Wil (IRPG) ist das Thema Wiler Mittelschule noch nicht ad acta gelegt. So wurde anfangs Mai von den Mitgliedern ein Antrag von Josef Rütsche, Ortskommission Sirnach, gutgeheissen, eine Konsultativ-Abstimmung in allen Gemeinden durchzuführen. Fragestellung: Wollt ihr eine Mittelschule? Sollte die Umfrage positiv ausfallen, so möchte die IRPG mit dieser Grundlage bei beiden Kantonsregierungen vorstellig werden. «Es liegt an der Region, sich für eine Realisierung einzusetzen», betonte Eugen Bühler, ebenfalls aus Sirnach.

Vorausdenken im Parlament



Während der ersten drei Parlamentsjahre in Wil sind von den Gemeinderäten eine grosse Zahl von Geschäften in Kommissionen, Fraktionen und im Plenum behandelt und zum Abschluss gebracht worden. In Budgets und Rechnungen sind Hunderte von Millionen Franken geprüft und bewilligt worden. Dabei haben die Stimmbürger dem Parlament immer Vertrauen entgegengebracht, das sich so äusserte, dass weder in der Presse noch mittels Referendum eine andere Meinung vertreten worden ist.

In drei Fällen ist aber dem Parlament keine Gefolgschaft geleistet worden, wobei die Gamma-Kreuzung in einem früheren Jahrbuch behandelt worden ist. Darum kommen hier nur die beiden Geschäfte des Jahres 1987 zur Sprache.

Beim Mehrzweckhaus Sonnenhof wird das Referendum von einigen besorgten Bürgern ergriffen, die keine Randgruppen und keine Kulturlöwen wollen, die von der Öffentlichkeit eine Kulturgarage wünschen. Aus dem Parlament, das mit grosser Mehrheit diesem Projekt zugestimmt hat, bildet sich dann ein Aktionskommitee, das mit einer grossen Zahl von Aktionen, Vorträgen, ja mit einer Fernsehsendung versucht, die Stimmbürger zu informieren, dass 80% der Belegungszeit durch die Volkshochschule, Vereine etc. und maximal 20% für die Aktivitäten der Kulturlöwen vorgesehen sind. Die Mehrheit der Stimmbürger lässt sich aber nicht überzeugen und lehnt ab. Zweifelt sie an den Parlamentariern und am Stadtrat?

Beim Stadtsaal, der sicherlich Wil grosse Dienste leisten würde, ist die grosse Mehrheit des Parlaments für den Standort Alleewiese. Die SP vertritt aber den Standpunkt, dass die Bleiche vorzuziehen sei. Es kommt zum Behördenreferendum; das Volk soll entscheiden. Pro- und Kontrakommitees, hauptsächlich aus Parlamentariern, werden gebildet. Mit Vorträgen, Aktionen, Fernsehen und mit Hilfe von Vereinspräsidenten wird von den Bürgerlichen versucht, die Stimmbürger von der Notwendigkeit eines Stadtsaales auf der Alleewiese zu überzeugen. Auch hier folgt die Mehrheit der Stimmbürger dem Parlament nicht. Zweifelt sie auch hier am Parlament und am Stadtrat?

Nach Bekanntwerden der Abstimmungsergebnisse sind die Mitglieder der Pro-Kommitees natürlich sehr enttäuscht. Vom Nein-Kommitee Mehrzweckhaus Sonnenhof und von einzelnen Journalisten wird dem Parlament ein «Politisieren am Volk vorbei» unterstellt. Es wird erwähnt, der Stimmbürger habe dem überheblichen Parlament die Meinung zeigen wollen, da sich das Parlament vom Stimmbürger entfernt habe. Es wird auch erwähnt, eine Rückkehr zur Bürgerversammlung sei anzustreben.

Um hier eine Antwort zu finden, müssen wir wieder zurückgehen ins Parlament. Hier werden die Geschäfte vom Stadtrat eingebracht. Die Fraktionen und Kommissionen bilden sich in harter Knochenarbeit ihr Urteil. Die Meinungen werden dann im Parlament vorgebracht. Jeder einzelne Parlamentarier muss sich dann entscheiden, ob er für oder gegen ein Geschäft ist. Durch dieses intensive Mitarbeiten hat der einzelne Gemeinderat einen Informationsvorsprung, d. h. er hat gegenüber dem Stimmbürger das ganze Geschäft vorausdenken können. Er hat auch meistens sehr detaillierte Informationen erhalten und dem Stadtrat Bedingungen gestellt, was zum Beispiel im Falle des Mehrzweckhauses Sonnenhof zu einem Umschwenken des ganzen Bürgerblockes auf die Meinung des Stadtrates geführt hat. Ein überzeugtes Parlament hat sich dann für dieses Geschäft eingesetzt und dann vor lauter Überzeugung fast nicht wahrhaben können, dass die Mehrheit der Abstimmenden anderer Meinung geblieben ist.

Soll sich nun das Parlament deswegen grämen und nicht mehr an sich glauben? Sicher nicht, denn es ist doch ein Privileg, als gewählter Parlamentarier im Parlament seine Meinung vertreten zu dürfen und zu hoffen, dass diese von anderen nachvollzogen wird. Das Parlament darf sicher Vertrauen in seine eigene Arbeit haben, sich freuen, in dieser Stadt Probleme vorausdenken und praktikable Lösungen diskutieren und vorschlagen zu können. Auch wenn es hin und wieder beim Volk keine Gnade finden wird, was übrigens nicht nur für uns, sondern auch für den Kantonsrat und das Bundesparlament gilt.

Albin Böhi, der dritte Parlamentspräsident der Stadt Wil.

Freie Bahn für Detailprojektierung

Was der Gemeinderat am 29. Januar anlässlich der Beratungen über die Vorlage zur Teilsanierung des Sekundarschulhauses Sonnenhof unterlassen hatte, wurde später nachgeholt. Der Rat diskutierte das Schulkonzept und sprach sich deutlich für ein Oberstufenzentrum Lindenhof aus. Der Stadtrat erhielt damit die politische Rückendeckung und dürfte nun den Detailprojektierungskredit von 370 000 Franken, den die Wiler Stimmbürger bereits 1981 bewilligt haben, auslösen.

Ausgelöst wurde die Diskussion durch eine Interpellation von Albert Rüst (CVP) und 16 Mitunterzeichnern. Rüst wollte damit die Diskussion, die am 29. Januar im Rat nicht stattgefunden hatte, nachholen, um dem Stadtrat ein Stimmungsbild zu vermitteln.

Verschiedene von Rüst gestellte Fragen waren in der Vorberatenden Kommission, die sich mit der Teilsanierung des Schulhauses Sonnenhof befasst hatte, aufgeworfen worden. In seiner Antwort bekräftigte Stadtrat Edgar Hofer, Schul- und Stadtrat setzten sich für ein neues Oberstufenzentrum Lindenhof mit 18 Klassenzimmern ein. Dort könnten gemäss Schulraumplanung Sekundar-, Real- und Sonderklassen unterrichtet werden. Dies ermögliche es, das Schulhaus Sonnenhof auf neun Klassenzimmer zu redimensionieren, was wiederum Platz für dringend notwendige Zusatzräume schaffe. Zudem ermögliche zusätzlicher Schulraum laut Stadtrat Hofer die Sanierung der alten Schulhäuser Kirchplatz, Klosterweg und Allee.

Eine Erleichterung würde auch die Realschule erfahren, die heute im ganzen Stadtgebiet verteilt untergebracht ist. Hofer sprach sich dafür aus, dass der Mattschulhaus-Ergänzungsbau auch in Zukunft durch die Realschule genutzt werde und wehrte sich gegen einen Ergänzungsbau beim Sonnenhof-Schulhaus, weil dort der Platz sehr knapp sei. Ein Ausbau des Schulhauses Sonnenhof und der Bau eines kleineren Oberstufenzentrums Lindenhof käme zudem teurer zu stehen, betonte Hofer.

Ein Oberstufenzentrum Lindenhof brächte laut Hofer auch wesentlich bessere Schulwege. «Heute muss der überwiegende Teil der Schüler quer durch die Stadt», sagte Hofer. Er sprach sich gegen «eine Aufgabe bestehender Altliegenschaften als Schulhaus» aus. Die Schulhäuser würden bis ins Jahr 2000 benötigt, ein Neubau hätte eine grössere finanzielle Belastung zur Folge. Hofer betonte dabei, der Finanzbedarf der Schule sei heute schon sehr gross.

Auf die Frage, wieweit im Schulraumkonzept ein mögliches Schulangebot der Zukunft, etwa eine Tagesschule, berücksichtigt sei, antwortete Hofer: «Unser Schulraumkonzept beinhaltet den Nachhol- und Entwicklungsbedarf. Das Konzept ist flexibel für ein freiwilliges 10. Schuljahr, enthält Gruppenräume und auch eine bescheidene Reserve, etwa für Aufgabenhilfe oder Informatikunterricht. Auch eine Tagesschule wäre im Lindenhof möglich».

In der von 22 Gemeinderäten verlangten Diskussion setzte sich Franziska Amstutz (prowil) kritisch mit der bisherigen Planung auseinander. «Sie genügt nicht», meinte Frau Amstutz, weil Aussagen zu Betrieb und pädagogischen Gesichtspunkten fehlten und Stellungnahmen zu privaten Schulen, regionaler Mittelschule und Tages- oder Gesamtschule ebenso ausblieben wie Antworten auf Fragen, die die Aussengemeinden, Altliegenschaften, die Schulraumverordnung und die Durchmischung der Mädchensekundarschule St. Katharina betreffen. «Die Entscheidungsfindung von Schulrat und Stadtrat sind nicht transparent genug», meinte Franziska Amstutz.

Martin Zogg (FDP) sprach sich klar für die Realisierung des Oberstufenzentrums Lindenhof aus. «Jede Sanierung hängt vom Raumangebot ab», meinte er, «wenn wir jetzt Raum schaffen, wird die Sanierung der Altliegenschaften erleichtert». Zudem seien im Lindenhof schon zahlreiche Vorleistungen erbracht, etwa im Bereich Turnhallen und Aula. Zogg plädierte für «Vorwärtsmachen», die Bürger hätten schliesslich schon 1981 einen Projektierungskredit bewilligt.

Auch Kurt Gubler (SP) sprach sich im Namen der Sekundarlehrer für das Lindenhof-Projekt aus. Gegen einen Ausbau des Sonnenhofschulhauses würden sich die Lehrer wehren, die Platzverhältnisse seien heute schon knapp, meinte Gubler. Anderseits machte auch er auf offene Fragen aufmerksam, etwa die Mittelschule, ein allfälliges Oberstufenzentrum der Gemeinde Bronschhofen oder die ausserschulische Durchmischung betreffend.

Auch Josef Hartmann (CVP) sprach sich für den Bau des Oberstufenzentrums Lindenhof aus. Markus Widmer (LdU) schliesslich forderte die Planung eines Wohnungstraktes im Lindenhof, um das Entstehen eines «Schulgettos» zu vermeiden. Ein solcher Wohnungstrakt, so Widmer weiter, sei im ursprünglichen Gesamtprojekt enthalten gewesen.

Umweltschutz – längst ein Thema für die Gemeinde

Erwartungsgemäss stand der Umweltschutz im Zentrum der diesjährigen Nationalratswahlen. Er hat uns aber über diese Ereignisse hinaus vermehrt zu beschäftigen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, allesamt in eine verhängnisvolle ökologische Krise zu geraten. Im lokalen Bereich schicken sich die Initianten der überparteilichen Aktion «Umwelt Wil 88» an, unser Umweltbewusstsein zu schärfen, beziehungsweise Fehlverhalten abzubauen. In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich bald einmal die Frage, was seitens der Stadt in dieser Hinsicht bereits getan worden ist. Eine Bestandesaufnahme zeigt, dass Umweltschutz für die Wiler Behörden längst kein Tabu mehr ist. In einigen Bereichen – etwa bei den Sackgebühren – gehört die Äbtestadt gar zur schweizerischen Spitze.
Umweltschutz ist heute ein Postulat, dem sich keiner mehr entziehen kann. Sosehr sich diese Einsicht in den letzten Jahren quer durch alle Interessengruppen durchgesetzt hat, sosehr wird heute über die Wahl der Mittel gestritten. Soll an die Vernunft oder an den Geldbeutel der Leute appelliert werden? Muss Umweltschutz wirtschaftlich sein? Wenn nein, wer übernimmt die Folgekosten? Ob wir die Konsequenzen ziehen oder nicht, betroffen sind wir allemal; im ersten Fall von vielleicht einschneidenden Massnahmen, im zweiten durch weiter sinkende Lebensqualitäten wie schlechte Luft, Lärm und Verseuchung von Wasser und Boden.

Recycling als «zweiter Schritt»

In Ländern wie der Schweiz, die seit altersher auf engem Raum mit beschränkten Ressourcen auskommen mussten, hat sich in den letzten Jahren ein merklicher Umschwung hin zu den Massnahmen vollzogen. Dabei können zwei Kategorien unterschieden werden: All jene, die unter den Begriff Vorbeugung fallen und die anderen, die der möglichst schadlosen Beseitigung von Abfällen und Giften dienen.
Im Bereich der lokalen Behörden liegen insbesondere Massnahmen der zweiten Kategorie, also der Entsorgung, allenfalls auch der Rückgewinnung von Rohstoffen und Energien (Recycling). Die Wiler Stadtverwaltung kann in diesem Bereich eine grosse Palette von Sondersammlungen anbieten. So gibt es heute kaum noch problematische Abfälle, die hier nicht speziell gesammelt und einer sinnvollen Weiterbehandlung zugeführt werden. Insbesondere Wils Bauverwalter Franciscus Germing hat verschiedene Schritte in die Wege geleitet.

Verursacherprinzip durch Sackgebühr

Die Einführung der Sackgebühr für den Hauskehricht am 17. März 1986 dürfte jedermann noch in bester Erinnerung sein. Damit schloss Wil zu jenen rund vierzig Gemeinden in der Schweiz (darunter auch die Stadt St. Gallen) auf, die ähnliche Regelungen getroffen hatten. Ziel der Massnahme war es, der wachsenden Müllmenge mit einer Entsorgungsgebühr zu begegnen, welche sich weitgehend am Verursacherprinzip (je mehr Abfall, desto mehr Kosten) orientiert. Der Erfolg gab der Stadt recht: Bereits im ersten Jahr konnte die Kehrichtmenge von 5 057 t (1985) auf 4 259 t (1986) reduziert werden. Dadurch verminderten sich auch die Kosten um gegen 30 000 Franken auf noch 437 900 Franken. Offensichtlich wanderten nun viele Abfälle dorthin, wo sie eigentlich auch hingehörten; in die Sonderabfuhren. Allein beim Altpapier war eine deutliche Zunahme von 258 t auf 833 t (plus 45%) zu verzeichnen. An den Glassammelstellen wurden statt 226 t (1985) jetzt 254 t (plus 12,4%) Altglas abgegeben. Dazu kamen rund 30 t Altmetall und 25 t Grünabfälle, die 1986 erstmals separat gesammelt wurden.

Weitgehend problemlose Einführung

Um die Umstellung von den alten zu den neuen, gebührenpflichtigen Säcken möglichst reibungslos zu gestalten, hatte die Bauverwaltung eine breitangelegte, mehrsprachige Informationskampagne lanciert. Mit Erfolg, wie sich zeigen sollte. Nur einige wenige Wiler liessen sich zu Unmutskundgebungen hinreissen, wie etwa jener Anonymus, der seinen Kehricht vor dem Rathaus deponierte. Vereinzelt wurden auch noch alte Säcke vors Haus – oder noch schlimmer: vor andere Häuser oder in Nachbargemeinden – gestellt. So war man seitens der Stadt gezwungen, die Besitzer in detektivischer Kleinarbeit anhand des Mülls zu ermitteln und im Wiederholungsfall der Bestrafung zuzuführen. Doch solche Fälle blieben die absoluten Ausnahmen. Der überwiegende Teil der Wilerinnen und Wiler akzeptierten, ja begrüssten die Sackgebühr geradezu.
Dank diesem neuen Finanzierungsmodell konnte 1986 (die 87-Zahlen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor) ein Deckungsgrad von 88 Prozent

Jahr für Jahr riesige Mengen kompostierbarer Materialien in die Kehrichtverbrennungsanlage, wo sie die Verbrennung hemmen, statt dem Ökosystem als wichtige Nährstoffe zugeführt zu werden. Dieser Verschwendung soll nun ebenfalls ein Riegel vorgeschoben werden.
Bereits im November 1986 wurde die Ausbeute einer Grünsammlung auf der Kompostsammelstelle an der Hubstrasse deponiert. Zwischenzeitlich wurde der Wiler Kompostberater Patrick Marxer aktiv. Der gelernte Mikrobiologie-Laborant führte im Auftrag der Stadt Versuche auf der Demonstrationsanlage durch. Bereits am 15. August 1987 konnte erstmals selbsterzeugter Wiler Kompost – 30 Liter für 6.80 Fr. – zum Verkauf angeboten werden. Analysen ergaben, dass es sich dabei um eine sehr nährstoffreiche, hochwertige Zusatzerde handelte, die den Boden weit eher vor Auszehrung und Erosion schützt, als beispielsweise Torfmull. Erstaunlich ist, dass Kompostieren bei richtiger Handhabe keine übelriechende Angelegenheit sein muss, und dass bereits nach einem halben Jahr hochwertiges Kompost entnommen werden kann. Der Stadtrat möchte durch seine Initiative den Anteil der Grün- und Küchenabfälle im Kehricht vermindern. Demgegenüber unterstützt er ausdrücklich das private Kompostieren, das durch die städtische Initiative keineswegs abgebaut werden soll.
Bezüglich Kompostieren gab im April der Entscheid der Stadt Wil zu Reden, den Kompostierversuch des Zweckverbandes Abfallverwertung Bazenheid bei der Firma Gebrüder Bühler in Uzwil nicht zu unterstützen. Begründet wurde dieser Entschluss mit dem Umstand, dass lediglich Garten- nicht aber Küchenabfälle in die Versuche einbezogen wurden. Erfahrungsgemäss haben die Kehrichtverbrennungsanlagen besonders mit Jät und Stauden ihre Mühe, während die Stadt eher die voluminösen Küchenabfälle aus dem Kehricht nehmen möchte. Die ZAB führen ihre Versuche nun ohne das Mitwirken der Äbtestadt durch.

Luftmessungen im Bergholz und beim Rössli

Bekanntlich beeinflusst die Kehrichtverbrennung ihrerseits wieder die Umwelt. So gelangen via die erreicht werden. Sollte er wegen steigender Kosten etwa im Zusammenhang mit der Einführung der Rauchgasanlage in Bazenheid sinken, so muss sich das nicht zwangsläufig auf den Preis der Säcke auswirken. Erst wenn der Deckungsgrad die 80-Prozent-Marke unterschritten hat, sind Anpassungen zu erwarten.

Stadtrat für umfassendes Kompostieren

Mit rund 30 Prozent stellen die organischen Stoffe (Küchen- und Gartenabfälle) nach wie vor einen beachtlichen Anteil des Hausmülls dar. So wandern Schlote verschiedene Schadstoffe, darunter etwa Schwefel- und Stickstoffverbindungen, aber auch Schwermetalle in die Atmosphäre. Das soll nun besser werden. Anlässlich der ausserordentlichen Delegiertenversammlung des Zweckverbandes Abfallverwertung Bazenheid (ZAB) vom 11. Mai befürworteten alle 47 Anwesenden den Antrag des Verwaltungsrates, raschestmöglich eine chemische Rauchgasreinigung auf der Grundlage des Nassverfahrens zu realisieren. Die Delegierten stimmten auch dem erforderlichen Kredit von 12,8 Millionen Franken zu. Damit wird mittelfristig zumindest ein bedeutsamer Luftverschmutzer eliminiert werden können. Dennoch bleiben genügend weitere Immissionsquellen übrig: Heizungen, Industrieanlagen und nicht zuletzt die Verbrennungsmotoren.
Um die tatsächliche Belastung der Luft herauszufinden, werden seit Spätherbst 1987 in Wil Luftmessungen vorgenommen. An seiner Sitzung vom 19. August hat der Stadtrat beschlossen, als Standort abseits grösserer Immissionsquellen die Bergholzstrasse im nördlichen Bereich von des Parkplatzes Bergholz und als Standort im unmittelbaren Bereich von Hauptverkehrsachsen die Rösslikreuzung vorzuschlagen.
Gemessen werden nebst dem Lärm die Stickoxide, Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid, Ozon und Schwebestoffe. Dank diesen Messergebnissen soll das Computermodell zur Erstellung des kantonalen Immissionskatasters abgestimmt und verfeinert werden können. Dadurch soll ein erster Überblick über die Schadstoffbelastung der einzelnen Regionen möglich werden. Anschliessend an diese erste Messerie sollen später weitere gezielte Messungen erfolgen. Anhand der dann ermittelten Ergebnisse wird dann ein Massnahmenkatalog gemäss der Luftreinhalte-Verordnung erstellt werden. Für die Information der Öffentlichkeit ist das Amt für Umweltschutz zuständig.

Salzverbrauch massiv eingeschränkt

Nicht weniger wichtig als die Luft ist auch das Wasser. Auch hier hat der Wiler Stadtrat Schritte in die Wege geleitet, die einer Aufwertung der Qualität gleichkommen. So wurde der Streusalzverbrauch im Winter 1986/87 erstmals massiv reduziert. In Anwendung der bundesrätlichen Stoffverordnung und neuer kantonaler Richtlinien wurde ein Routenverzeichnis für den Einsatz von Streusalz im Winterdienst erstellt. Gleichzeitig forderte die Exekutive auch Private auf, sparsam mit dem aggressiven Taumittel umzugehen.
Die neuen Richtlinien schreiben dem Winterdienst verbindlich vor, Streusalz nur noch dort anzuwenden, wo das durchschnittliche Verkehrsaufkommen mehr als 2000 bis 3000 Fahrzeuge pro Tag be-



trägt. Ausgenommen sind Strassen mit starkem Gefälle, Strecken mit Absturzgefahr, Strassen, auf denen öffentliche Verkehrsmittel fahren, gefährliche Kreuzungsbereiche und besondere klimatische Verhältnisse wie Eisregen oder hohe Luftfeuchtigkeit verbunden mit tiefen Temperaturen, etwa bei Nebel. Insgesamt 43 Wiler Strassenzüge fielen unter diese Ausnahmeregel.
Anderweitig müssen Glatteis und Schneeglätte mit Split, Sand oder anderen abstumpfenden Mitteln bekämpft werden. Salz darf selbst in Fällen, in denen mit einer Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit gerechnet werden muss, nur auf geräumten Strassen angewendet werden. Streuen von Hand ist nur noch an schlecht zugänglichen Orten erlaubt. Diese Neuregelung hat, soweit bekannt, zu keinen dramatischen Verhältnissen auf Wils Strassen geführt. Demgegenüber konnten auf diese Art Tiere, Pflanzen, Böden und nicht zuletzt das Trinkwasser geschont werden.

Ein Kränzchen für die Kläranlage

Auch anderweitig waren gute Nachrichten bezüglich der Wasserqualität zu hören. Die Wiler Kläranlage Freudenau arbeitet nämlich mit einem durchschnittlichen Gesamtreinigungsgrad von 97 Prozent am effektivsten von allen Anlagen des Kantons. Der Wirkungsgrad hatte – verglichen mit dem Vorjahr – gar noch um ein Prozent gesteigert werden können. «So gut wie die Wiler Kläranlage läuft kaum eine andere», lobte denn auch der Chef des kantonalen Gewässerschutzamtes Urs Achermann. Für dieses erfreuliche Ergebnis sind insbesondere zwei Umstände entscheidend: Die überaus gute und gewissenhafte Betriebsführung durch Klärmeister Paul Brülisauer und sein Personal, sowie die Dimension der Anlage. Konzipiert für eine Belastung durch 40 000 Personen, sind derzeit lediglich 19 000 Einwohner angeschlossen. Diese nur mässige Beanspruchung führt dazu, dass die Anlage praktisch nie überlastet ist und selbst grössere Schmutzwasserstösse gut verkraftet. Zudem werden im Einzugsgebiet Wil, Rickenbach-Wilen, Hub Busswil und ein Teil des Bildquartiers in Bronschhofen vorwiegend häusliche und nur wenige Industrieabwässer gereinigt. Grössere Industriebetriebe verfügen nämlich meist über eigene Entgiftungsanlagen. Dadurch wurde auch im Abwasserbereich dem Verursacherprinzip weitgehend Rechnung getragen. Pro-

In Wil bewährt – die Kehricht-Sackgebühr.

Kehrichtabfuhrplan 1988

Abfuhrzeiten:

a) Hauskehricht und brennbare Sperrgüter
Wil Nord: Jeden Dienstag und Freitag ab 7.00 Uhr
Wil Süd: Jeden Montag und Donnerstag ab 7.00 Uhr

b) Altpapier und Karton zur Wiederverwertung (Abfuhrtage)

Monat	Wil Nord	Wil Süd
Januar	13. und 27.	6. und 20.
Februar	10. und 24.	3. und 17.
März	9. und 23.	2., 16. und 30.
April	6. und 20.	13. und 27.
Mai	4. und 18.	11. und 25.
Juni	1., 15. und 29.	8. und 22.
Juli	13. und 27.	6. und 20.
August	10. und 24.	3., 17. und 31.
September	7. und 21.	14. und 28.
Oktober	5. und 19.	12. und 26.
November	2., 16. und 30.	9. und 23.
Dezember	14.	7. und 21.

c) Spezialabfuhren und Grobsperrgut
Auf Anmeldung bis spätestens Montag, 17 Uhr an das Bausekretariat (Tel. 22 30 22) oder an den Werkhof Speerstrasse (Tel. 22 18 61).
Bereitstellung: Dienstag ab 7.00 Uhr

d) Spezialabfuhr für Altmetalle
Wil Nord: Mittwoch 13. April und Mittwoch 14. September 1988
Wil Süd: Mittwoch 20. April und Mittwoch 21. September 1988
Beginn jeweils um 6.45 Uhr.

Glas zur Wiederverwertung

Ausgenommen sind Fensterglas, Glühlampen, Fluoreszenzröhren und ähnliches. Für die Beseitigung des Altglases stehen an den folgenden Standorten permanente Altglas-Sammelstellen zur Verfügung:
- Viehmarktplatz
- Bleicheplatz
- Rotschürstrasse
- Weststrasse
- Bergholz
- Werkhof (ab Frühjahr).

Das Altglas kann tagsüber jederzeit – nach Farben getrennt – in den Containern deponiert werden.

Bereitstellung und Einschränkungen

Die Bereitstellung der Abfälle hat nicht schon am Vortag, sondern am Morgen des Abfuhrtages frühzeitig und geordnet zu erfolgen. Für die Bereitstellung sind die dafür vorgesehenen Behältnisse zu verwenden (vgl. Art. 12 ff des Reglementes über die Abfallbeseitigung vom 4. Jan. 1984). Das Durchsuchen oder Wegnehmen von bereitgestellten Gegenständen durch Dritte ist verboten.
Nicht mitgenommen werden: Bereitgestellte Tragtaschen, mit Flüssigkeiten gefüllte Gefässe, Farbwaren, Explosivstoffe, Giftstoffe, Erde, Steine, Bauschutt, Mist, verfaulte Gartenabfälle, Tierkadaver, Abfälle aus Metzgereien, Industrieabfälle und Schlämme. Über deren Beseitigung erteilt die Bauverwaltung (Tel. 22 30 22) oder die Kehrichtverbrennungsanlage Bazenheid (31 35 11) Auskunft.

Helfen Sie mit, die Umwelt zu schonen

Wenn Sie die folgenden Regeln beachten, helfen Sie mit, die Umwelt zu schonen und Rohstoffe und Geld einzusparen:
- Karton und Papierabfälle für die Altpapierabfuhr bereitstellen
- Gartenabfälle kompostieren (kostenlose Beratung durch Herrn P. Marxer, Alte Mühle, 9243 Jonschwil, Tel. 23 49 14)
- Wegwerfflaschen und weitere Verpackungsgläser aufbewahren und in die bereitgestellten Container werfen
- Zirkulationsflaschen zurückbringen
- Eigene Taschen und Körbe zum Einkaufen benützen
- Wegwerftaschen für den Einkauf mehrmals verwenden
- Ihre Einkäufe nicht mehrmals einpacken lassen
- Prüfen Sie, ob alte Kleider oder Möbel noch jemanden dienen können
- Altöle, Aluminium und Weissblechdosen können in der Kombisammelstelle an der Werkhofstrasse abgegeben werden
- Für Batterien und Medikamente sind spezielle Behälter an den Glascontainern angebracht worden
- Gifte wie Farbwaren, halbvolle Spraydosen, Batterien jeglicher Art usw. werden in der Kläranlage Freudenau (Tel. 23 22 66) bis 11.30 Uhr entgegengenommen
- Für die Beseitigung von Abfällen jeglicher Art enthält das Merkblatt «Wohin mit den Abfällen» der Kehrichtverbrennungsanlage Bazenheid wertvolle Hinweise
- Allfällige Sonderabfuhren oder Häckseltouren werden im übrigen in der Tagespresse oder durch separate Rundschreiben bekanntgegeben.



bleme mit den Phosphaten – die in der Freudenau nicht besonders ausgeschieden werden – kennen die Wiler kaum, steht ihnen mit der Thur doch ein sehr leistungsstarker Vorfluter (Verhältnis Flusswasser zu Klärwasser mindestens 10:1) zur Verfügung. Mit dieser Belastung könne das Gewässer ohne weiteres selbst fertigwerden.

Problematischer ist hingegen die Nutzung des Klärschlamms. Zwar lag die Schwermetallbelastung unter den gesetzlichen Grenzwerten und der Schlamm konnte anstandslos an die Landwirtschaft abgegeben werden. Weil aber im ganzen Raum St. Margarethen – Wil, dem sogenannten «Schweinegürtel», die Böden in besorgniserregendem Masse überdüngt werden, muss nun eine neue Lösung gesucht werden. So wird gegenwärtig in der Region Wil-Gossau ein Standort für eine Grossentsorgungsanlage gesucht. Bis dahin bleibt das Austragen des Klärschlamms die einzige mögliche Nutzung.

Spezialabfuhren fördern das Umweltbewusstsein und helfen mit, die Gesamtmenge des Abfalls zu senken.

SAG MIR, WO DIE BLUMEN SIND...

FLORISTIK DESIGN
BRAUN
BRONSCHHOFERSTRASSE 48
CH-9500 WIL TELEFON 073-22 17 52

Hochzeitsfloristik
Gärtnereiprodukte
Trauerfloristik
Grabpflege

«Umwelt Wil 88» – ein Jahr im Sinne des Umweltschutzes

Ganz im Zeichen des Umweltschutzes sehen die Initianten der Aktion «Umwelt Wil 88» das Jahr 1988. Während des ganzen Jahres möchten zwei Vertreterinnen des Mütterteams, vier Lehrer und ein Arzt in der Region Aktivitäten zugunsten der Umwelt organisieren, welche in der Zeit vom 18. bis zum 25. September in eine eigentliche Umweltwoche münden sollen. Die Initianten hoffen, dass sich weitere Gruppen oder auch Private ihrer Idee anschliessen werden. Bereits hat der Stadtrat einen Beitrag von Fr. 20 000.– zugesichert. Dem Flugblatt der Aktionsgruppe entnehmen wir die folgenden Passagen:

Der Hintergrund

Täglich entnehmen wir den Medien Informationen über die zunehmende Schädigung unserer Umwelt, von Wald, Wasser, Luft und Nahrung. Ja, diesbezügliche Meldungen sind so häufig, dass sie bereits zum Alltag gehören und nur noch am Rande wahrgenommen werden. Wer von uns ist sich da noch bewusst, dass mit der zunehmenden Umweltverschmutzung die Existenz von uns allen in den Grundlagen bedroht ist. Den Mitgliedern der Aktionsgruppe «Umwelt Wil 88» ist es ein Anliegen, in Sachen Schutz der Umwelt einen Schritt vorwärts zu kommen. Sie denken, dass es vielerorts nicht am Willen und auch nicht an Taten mangelt, dass aber erst das Gefühl des gemeinsamen Beschreitens eines solchen Weges in der Bevölkerung das nötige Bewusstsein schafft.
Ausgehend von der Überzeugung, dass dazu ein Bedürfnis bestehen muss, haben sie sich zum Ziel gesetzt, das Jahr 1988 in besonderem Masse in Verantwortung gegenüber der Umwelt zu begehen.

Der Gedanke

Während eines ganzen Jahres (Januar bis Dezember 88) sollen Aktivitäten und Veranstaltungen in der Region Wil, welche im weitesten Sinne mit dem Schutz unserer Lebensgrundlagen zusammenhängen, koordiniert und unter ein gemeinsames Signet gestellt werden.

- *Höhepunkt dieses Jahres soll die «Umweltwoche» sein, die vom 18. bis zum 25. September stattfinden wird.*
- *An der Realisation von «Umwelt Wil 88» sollen möglichst breite Bevölkerungskreise mittragen. Wir sind überzeugt, dass jeder einzelne seinen Beitrag leisten kann, indem er aktiv mit einer Idee zur Gestaltung beiträgt.*

Beispiele von möglichen Aktivitäten

- *Wettbewerb zum Thema Umwelt: Plakate, Fotos, Zeichnungen (Schule, Kindergarten).*
- *Strassenunterhaltung: Unterhalter und Künstler, Spiele, Wettbewerbe, Flohmarkt, Café.*
- *Wanderungen: Mit öffentlichen Verkehrsmitteln, unter Führung eines Försters.*
- *Alles über das Velo: (das billigste und umweltfreundlichste Verkehrsmittel) z. B. Velotouren, Schnitzelfahrten, Veloreparaturen, usw.*
- *Wald- und Bachputzete.*
- *ollnformationen zum Thema Umweltschutz: z. B. Infostände, Flugblätter, Film, Diavorträge, Podiumsgespräche.*
- *Führungen: Wald, Kläranlage, Gewässer, Abfallbeseitigung.*
- *Kurse: Kompostieren, biologischer Gartenbau, umweltfreundliche Kosmetik, umweltfreundliches Kochen.*
- *Pressemitteilungen: regelmässige Berichte.*
- *Sonderwochen in Schulen: z. B. Schülerzeitung zum Thema Umweltschutz usw.*

Die Aktionsgruppe

Welche Personen stehen hinter «Umwelt Wil 88»? Zwei Vertreterinnen des Mütterteams: Gabriela Baumann und Gisela Beier, ein Arzt: Felix Bogenmann, vier Lehrer: Roman Appius, Reto Hanselmann, Guido Zurburg und Josef Jöhl.
Die Aktionsgruppe erstellt monatlich eine Art Bulletin, welches alle Veranstaltungen von «Umwelt Wil 88» umfasst und den Medien zugestellt, evtl. auch in Plakatform angeschlagen wird. Daraus soll ersichtlich werden, welche umweltbezogenen Anlässe jeweils stattfinden.
Ferner koordiniert sie die Umweltwoche, wobei sie hofft, möglichst viele Vereine, Geschäfte, Gruppen und Einzelpersonen zum Mitmachen bewegen zu können. Die Aktionsgruppe plant aber auch eigene Veranstaltungen, sofern diese einem Bedürfnis entsprechen und nicht bereits von anderer Seite abgedeckt werden. Die Mitglieder stellen sich aber auch als Kontaktgruppe zur Verfügung, die – dank eines Beitrages seitens des Wiler Stadtrates von Fr. 20 000,– – auch in bescheidenem Rahmen finanzielle Hilfe leisten kann.
Kontaktadresse: Sekretariat «Umwelt Wil 88», Konstanzerstrasse 41, 9512 Rossrüti

Aus dem Wiler Ortsbürgerrat

Wie vielseitig die Aufgaben der Wiler Ortsbürger sind, wird einem erst so richtig bewusst, wenn man sich eingehend mit der «Materie Ortsbürger» auseinandersetzt. Dass die Finanzen immer mehr drükken, stimmt einem ob der vielen Leistungen der Ortsbürger doch etwas nachdenklich. So zehrt der kranke Wald auch die letzten Mittel noch auf, die früher aus den Holzerträgen doch reichlich flossen. Auch Alfred Lumpert, Präsident der Wiler Ortsbürger, sieht der Entwicklung mit gemischten Gefühlen entgegen. Doch wie gross auch die Probleme bis dahin waren – man fand immer eine brauchbare Lösung. Und diese Tatsache ist schliesslich entscheidend!

Geschichte Wils im 19. und 20. Jahrhundert

Im Verlaufe des vergangenen Jahres nahm Frau Dr. phil. M. Bless-Grabher, Niederglatt, ihre Arbeit an einem geplanten Band über die Geschichte Wils im 19. und 20. Jahrhundert mit besonderer Berücksichtigung der Ortsbürgergemeinde auf. Vorerst versuchte Frau Dr. Bless sich in verschiedenen Bibliotheken und Literaturverzeichnissen einen Überblick zu verschaffen über bereits vorhandene Druckerzeugnisse zu Teilaspekten dieses Themas. Sodann begann sie mit einer Inventaraufnahme über das in unserem Stadtarchiv vorhandene Material und legte sich zudem eine Stichwortsammlung an.
Auf der Grundlage dieses «Gerüsts» nimmt das künfige Werk allmählich konkretere Konturen an.
Das Schwergewicht ihrer Untersuchungen liegt vorerst noch auf dem 19. Jahrhundert, jener spannungsgeladenen Zeit des Umbruchs und der Trennung der neuen Politischen-, Schul- und Kirchengemeinde vom alten Stadtregiment bzw. von dessen Nachfolgerin, der Ortsbürgergemeinde. In einem lebhaften Entwicklungsprozess suchten und fanden die Ortsbürgergemeinde und ihre Vorsteherschaft eine eigene, neue Identität. Die «Geburtswehen» der neuen Zeit und Ordnung können anhand einer Fülle interessanter, vielfach noch unveröffentlichter Archivalien belegt werden. Bereits ziemlich detailliert beschäftigte sich Frau Dr. Bless auch mit der Geschichte der «Knabenrealschule», die sich 1920 im Besitz der Ortsbürgergemeinde befand.
Neben dem Wandel der Gemeindeorganisation und der politischen Verfassung möchte Frau Dr. Bless in diesem Band auch ein Augenmerk auf das Volksle-

Statistik über den Holzproduktionsbetrieb

(ohne Forstgarten, Holzschopf, Kiesgrube, Arbeiten für Dritte, Wohlfahrtsaufgaben)

Wirtschaftsjahr		1982/83	1983/84	1984/85	1985/86
Gesamte Waldfläche	ha	420.4763	420.4887	412.0004	421.5568
Gesamtaufwand (inkl. kalk. Kosten)	Fr. je ha	976.48	1041.32	1244.03	1174.84
Gesamtertrag (inkl. kalk. Erträge)	Fr. je ha	1214.55	1452.26	1519.46	1503.80
Reinertrag (inkl. kalk. Kosten und Erträge):	Fr. je ha	238.07	410.94	275.43	328.96
Aufwand für den Strassenunterhalt (ohne Amortisation und Verzinsung der Investitionen)	Fr. je ha	76.12	62.61	79.95	74.60
Erste Produktionsstufe [1]) Gesamtaufwand	Fr. je ha	192.72	211.17	269.90	262.48
– davon für die Bestandesbegründung	Fr. je ha	55.17	48.34	55.06	63.81
– davon für die Jungwaldpflege	Fr. je ha	57.82	66.55	83.48	79.69
– davon für die Wildschadenverhütung	Fr. je ha	32.34	18.68	31.50	31.36
Zweite Produktionsstufe [2]): Gesamtaufwand	Fr. je ha	442.88	556.22	587.46	598.52
Gesamtaufwand	Fr. je m^3	55.50	54.60	61.14	58.20
– davon für die Holzernte [3])	Fr. je m^3	51.07	49.79	56.21	52.27
Gesamtnutzung (Liegendmessung)	m^3	3343.08	4278.69	4044.86	4335.22
Anteil Nadelholz von der Gesamtnutzung	%	88.84	88.76	87.64	88.97
Anteil Nadelstammholz vom Nadelholz	%	84.58	82.49	86.40	82.92
Anteil Fi/Ta-Langholz vom Nadelstammholz	%	85.86	81.70	83.87	83.54
Anteil 1. Kl. vom Fi/Ta-Langholz	%	31.55	33.50	39.03	32.71
Durchschnittserlös aus dem Holzverkauf (netto)	Fr. je m^3	131.10	129.39	131.57	130.83

[1]) Zur ersten Produktionsstufe gehören: Bestandesbegründung, Jungwaldpflege, Forstschutz, Wildschadenverhütung, Schlagräumung und Holzanzeichnung.
[2]) Zur zweiten Produktionsstufe gehören: Holz fällen, aufrüsten, rücken, lagern, schützen, einmessen, verkaufen und u. U. verladen und transportieren.
[3]) Zur Holzernte gehören: Holz fällen, aufrüsten, rücken oder zusammenführen und lagern.

ben und die Kultur dieser Epoche legen, auf Feste, Bräuche, besondere Episoden usw., auf die architektonischen Veränderungen und Erweiterungen der Stadt, aber auch auf die wirtschaftliche Entwicklung, die allmähliche Industrialisierung und die Umstrukturierung der Einwohnerschaft. Die Sammlung der Unterlagen dürfte wohl noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Aus der Forstverwaltung

Das Forstpersonal schnitt während der Vegetationsperiode 1 bis 2 Mal in über 10 ha Jungwüchse krautige Konkurrenzpflanzen heraus, sodass sich die Bäumchen entwickeln können. Rund 11 ha Dickung und leichtes Stangenholz wurde im Verlaufe des Sommers gepflegt und ca. 14 ha ältere Bestände im Winter durchforstet, um Gesundheit, Stabilität und Qualität zu fördern. Obwohl Stadtförster A. Ziegler nur mit einer Holznutzung von 3900 Festmetern (Fm) rechnete, erntete er schlussendlich 4322 Fm Holz. Diese Übernutzung ist mehreren Stürmen zuzuschreiben, denen rund 1000 Fm zum Opfer fielen. Die Wurzeln vieler dieser Bäume (auch unbelaubte Buchen und Eichen) waren abgefault, zum Teil wohl eine indirekte Folge der Luftverschmutzung.
Trotz erschwerten Verhältnissen (Sturmholz, starker Frost) verlief die Holzerei zum Glück ohne Unfälle und ohne nennenswerte Schwierigkeiten. Stark gedrückte Holzpreise belasteten jedoch den finanziellen Haushalt sehr. Bei gleichbleibender Entwicklung der Holzpreise im Verhältnis zum Aufwand dürfte die Rechnung des Forstbetriebes in wenigen Jahren ein Defizit aufweisen, wie dies bei den meisten öffentlichen Forstbetrieben leider heute schon der Fall ist. Leider gelang es den Wäldern noch nicht, sich den von uns Menschen verursachten, bedenklichen Luftverhältnissen anzupassen. Der Wald stirbt im Stillen weiter. Die verschiedenen Massnahmen zur Luftreinhaltung wirkten sich zu wenig auf die Gesundung des Waldes aus. Das Thema «Waldsterben» verlor offensichtlich an Aktualität und wird heute von vielen Menschen immer noch nicht ernst genommen.

Forstwirtschaft

Mit Genugtuung darf festgestellt werden, dass der Forstbetrieb insgesamt um rund Fr. 6000,- besser abschloss als budgetiert wurde.
Die schwindenden Erträgnisse der Waldwirtschaft – verursacht durch steigende Produktionskosten und sinkende Verkaufserlöse – bedrücken die Ortsbürger von Jahr zu Jahr mehr. Folgende Zahlen mögen dies belegen:

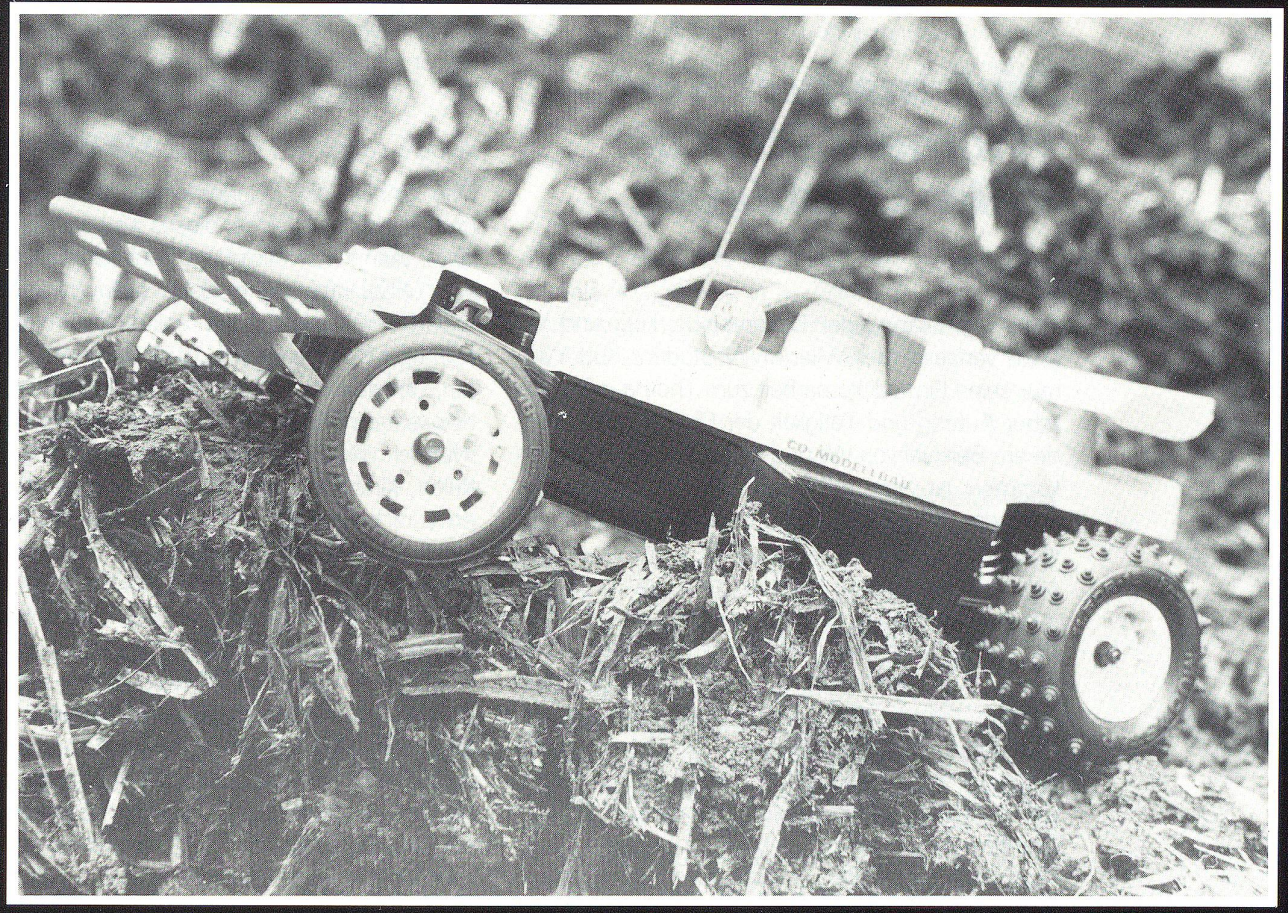
Mehr-Ertrag der Forstwirtschaft 1960	Fr. 141 922.–
Mehr-Ertrag der Forstwirtschaft 1965	Fr. 145 339.–
Mehr-Ertrag der Forstwirtschaft 1970	Fr. 151 902.–
Mehr-Ertrag der Forstwirtschaft 1975	Fr. 204 594.–
Mehr-Ertrag der Forstwirtschaft 1980	Fr. 211 839.–
Mehr-Ertrag der Forstwirtschaft 1985	Fr. 94 242.–
Mehr-Ertrag der Forstwirtschaft 1986	Fr. 70 004.–
Budget 1987	Fr. 40 800.–

Eine Arbeitsgruppe des schweizerischen Verbandes für Waldwirtschaft kam zum Schluss, dass die oft geforderten tieferen Rohholzpreise die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Holzindustrie nicht verbessern können. Das importierte Schnittholz sei gegenwärtig billiger als das einheimische, da die grossen Sägereien im benachbarten Ausland das Rohholz mit tieferen Kosten verarbeiten können und die Schweiz wegen des hohen Frankenkurses ein begehrter Markt sei. Bund und Kantone unternehmen grosse Anstrengungen, um die Verwendung des Holzes zu fördern. Werbung für das Holz und die Ausbildung von Holzfachleuten lösen aber nur einen Teil der Probleme. Ein grösserer Holzverbrauch hilft nur dann, die Pflege unserer Wälder zu bezahlen, wenn auch tatsächlich schweizerisches Holz auf den Markt gelangt.

Wilberger – Stolz der Ortsbürger

Nicht immer gestaltet sich die Pflege des Rebberges am Ölberg einfach. Mit viel Einsatzwille und Fachwissen versteht es Eduard Kümin mit seiner Gattin immer wieder, ein erstaunliches Resultat hervorzubringen – so auch im vergangenen Jahr.
Einem normalen Austrieb anfangs Mai folgte Ende Juni bei heissem Sommerwetter der «Bluest», der nur einige Tage andauerte. Sehr bald stellte der Rebwart einen erfreulichen Fruchtansatz fest, der zu berechtigten Hoffnungen Anlass gab. Im Sinne des Umweltschutzes wurde versuchsweise mit Erfolg auf die chemische Unkrautvertilgung im Rebberg verzichtet.
Am 24. Oktober begann der Wimmet. 15 Personen ernteten innert zweier Tage 9 325 kg Trauben mit durchschnittlich 76,5 Oechsle-Grad (Vorjahr 3 920 kg mit 81 Oechsle-Grad). Ein wirklich sehr erfreuliches Ergebnis! Die tiefen Temperaturen (bis 25°) in der Nacht vom 11. auf den 12. Januar 1987 liessen das Schlimmste befürchten. Ein erster Augenschein ergab, dass der grösste Teil der Knospen geschädigt sind und die Aussichten auf eine gute Ernte 1987 schwinden.

Für die leere Garage des **kleinen** Mannes . . .



der **grosse** Freizeitspass . . .

Kein Hügel ist zu steil und kein Gelände zu rauh –
und dies für weniger als Fr. 100,-!

Ihr Modellbau-Fachgeschäft

CD-MODELLBAU
CH - 9500 Wil
Telefon 073 22 21 20

Diplomarbeit Kurt Widmers über die Wiler Ortsbürger

Unter der Leitung der Dozenten R. Hug und W. Dudli verfasste der Wiler HWV-Student Kurt Widmer seine Einzeldiplomarbeit zum Thema -«Gesetzlicher Auftrag und Tätigkeit der Ortsbürgergemeinde am Beispiel von Wil und Oberbüren». Herausgekommen ist eine 86seitige Dokumentation, der auch der Wiler Ortsbürgerpräsident viel Lob zollte: «Die Arbeit hilft mir als eigentliches Grundlagenpapier, Aufgaben und Pflichten der Ortsbürger zur vollen Zufriedenheit aller anpacken zu können.»
Die ersten Seiten widmet Kurt Widmer einem historischen Rückblick, die seiner Studie einen gewissen Rahmen geben sollten. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen und die Definition der Ortsgemeinde sowie deren Aufträge schaffen weitere Grundlagen, um die vielen Zahlen besser zu verstehen, die der Student mittels eines an die stimmberechtigten Ortsbürger gesandten Fragebogens zusammengetragen hat. 33,8% der Befragten retournierten den vier Seiten umfassenden Fragebogen fristgerecht und ermöglichten Kurt Widmer damit eine repräsentative Auswertung.
Ein besonderes Gewicht legte Kurt Widmer auf die Einbürgerung von Ausländern und Schweizern. So ist zum Beispiel zu lesen, dass es Gemeinden gab, die im Zeitraum von 1803 bis 1900 keine Einbürgerungen vornahmen. Heute habe sich der Trend etwas geändert, dies zumindest über den ganzen Kanton gesehen: 1980 wurden 441 Einbürgerungen vorgenommen, 1982 deren 645 und im vergangenen Jahr waren es bereits deren 1912. In Wil werde die Einbürgerungspraxis, dies hauptsächlich in neuerer Zeit, recht offen betrieben. In den letzten 6 Jahren bürgerte die Ortsgemeinde denn auch nicht weniger als 184 Personen ein. Die Umfrage ergab, dass 62,7% der Befragten dies als angemessen ansahen. 28,8% erachteten diese Zahl als überrissen und 3,3% wollen sogar noch mehr Einbürgerungen vornehmen. Hauptbegründung für die Antwort zu viel: – die Eingebürgerten sind zuwenig assimiliert, – zu viele Ausländer werden eingebürgert, – Gefahr der Überfremdung (man kennt sich nicht mehr).

Ortsbürgerpräsident Alfred Lumpert hält selbst nicht viel von den in den letzten Jahren in Mode gekommenen Einbürgerungsaktionen für Schweizer. Er meint, dass bei solchen Gelegenheiten die Quantität vor der Qualität eingebürgert wird. Er selbst steht für eine kontinuierliche und gezielte Einbürgerung von Schweizern ein.

Andere Leistungen der Ortsbürger

Den Einsatz der Ortsgemeinde für die Erhaltung und Pflege des Waldes, dieses wichtigsten Teils der Natur, kann man nicht mit Zahlen messen. Es ist aber unbestritten die grösste Leistung an die Allgemeinheit. Gerade deshalb sollte die Ortsgemeinde vermehrt Waldgänge für die Bevölkerung durchführen, um das Verständnis und das Verantwortungsbewusstsein für den Wald zu wecken, schreibt Kurt Widmer. Rebberg, Parkanlagen, Fürsorgewesen, Kultur, Kirche, Verkehr und Steuern sind die weiteren kurz beschriebenen Kapitel. Ob die befragten Ortsbürger mit den materiellen und finanziellen Leistungen für gemeinnützige kulturelle und für andere öffentliche Zwecke zufrieden seien, beantworteten 87,6% mit Ja und nur 3,3% mit Nein. Auf die Frage «Auf welchem Gebiet sollte sich die Ortsgemeinde Wil in Zukunft vermehrt betätigen», antworteten die Befragten: – Kauf von Land / schützenswerten Objekten – Naturschutz – Kampf gegen das Waldsterben – Kultur – Bildung – Öffentliche Fürsorge – Stipendien.

Schlussfolgerungen

Die Ortsgemeinde besitzt gegenüber der Politischen Gemeinde zwei grosse Vorteile: – Sie kann politisch unbelastet(er) entscheiden und Aufgaben erfüllen, welche die Politische Gemeinde mit ihren diversen Parteiströmungen nicht erfüllen kann.
– Die Verantwortlichen erfüllen ihre Aufgabe für die Ortsgemeinde meist nebenamtlich und gegen ein kleines Entgeld. Höchstwahrscheinlich wären die Kosten weit höher, wenn Organe der Politischen Gemeinde die Aufgaben der Ortsgemeinde bewältigen würden. Um einigen Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, sollte sich die Ortsgemeinde vermehrt mit aktivem und zeitgemässem Einsatz und nicht durch Hinweise auf ihre Tradition hervorheben. Um diesen letzten Punkt zu erreichen, ist jedoch eine breitere und offenere Informationspolitik über die Leistungen der Ortsgemeinde – und nicht zuletzt auch über die Ortsgemeinde allgemein – nötig. In dieser Beziehung muss sich die Wiler Ortsbürgergemeinde wohl keinen grossen Vorwurf gefallen lassen, denn es ist auch das Anliegen Alfred Lumperts, die Öffentlichkeit sachlich und vollumfänglich zu orientieren.